

Winkelzüge in Prag

„Briefe, die ihn nicht erreichten.“

Prag, 3. August. (T.M.)

In einer Verlautbarung des Tschecho-Slowakischen Pressbüros heißt es, daß Ministerpräsident Dr. Hodtscha die bekannten fünf Fragen des Abgeordneten Kundt am Montag sämtlich bejahend beantwortet und die Telegierten der Sudetendeutschen Partei für Mittwoch zu offiziellen Verhandlungen eingeladen habe. In dem Schreiben, mit dem Dr. Hodtscha die fünf Fragen des Abgeordneten Kundt bejahend beantwortet habe, wurde auch die Frage bejaht, ob die Regierung während der Anwesenheit des Lord Runciman in Prag die Verhandlungen über die Nationalitätenfragen fortsetzen werde.

Hierzu wird von sudetendeutscher Seite erklärt: Das Tschecho-Slowakische Pressbüro meldet am 2. August, Ministerpräsident Dr. Hodtscha habe dem Abgeordneten Kundt, dem Führer der SDP-Delegation, bei der Fühlungnahme über das Nationalitätenstatut der Regierung auf seine öffentlichen Anfragen, ob nun die der Sudetendeutschen Partei mitgeteilten Nationalitätenentwürfe der Regierung aufrecht erhalten bleiben und die geplanten Verhandlungen endlich beginnen werden, eine bejahende Antwort erteilt.

Wie wir hierzu aus ganz verlässlicher Quelle erfahren, ist Abgeordnete Kundt persönlich bis zur Stunde eine Antwort des Ministerpräsidenten nicht zugekommen. Die Antwort ist vielmehr für morgen vormittag zugesagt, für welche Zeit bekanntlich die SDP-Delegation zu einer neuen Aussprache zu Ministerpräsident Dr. Hodtscha geladen wurde.

Lord Runcimans Gesolge in Prageingetroffen

Prag, 2. August. (T.M.)

Die Mitglieder des Gesolges Lord Runcimans, Mr. Ashton-Griffin, Mr. Stoppford und die Stenotypistin Miss Miller, sind heute um 13.58 Uhr auf dem Prager Flugplatz eingetroffen, wo sie vom Ersten Legationssekretär der britischen Gesandtschaft, Troutbed, und Mr. Henderson von der britischen Gesandtschaft in Anwesenheit einiger Journalisten begrüßt wurden.

Runciman nach Prag unterwegs

Vor dem Beginn der Besprechungen.

Während die Tschechenpresse der Ankunft Runcimans mit größter Nervosität entgegenfiehet und sich immer wieder zu unerbittlichen Drohungen gegen die Deutschen hinreißt, sehen die Sudetendeutschen der Entwicklung mit der Ruhe des guten Gewissens und im Bewußtsein ihres unumstößlichen Rechtes entgegen. Die Tatsachen, die der englische Staatsmann vorfindet, sprechen eine eindeutige Sprache für jeden objektiven Forscher, und wenn Lord Runciman, wie ein Teil der Auslandspresse betont, alles daransetzen will, um sich ein eigenes Urteil zu bilden, so werden ihm die Sudetendeutschen gewiß dabei in jeder Hinsicht helfen.

„Die Zeit“, das Organ der Sudetendeutschen, spricht von der schicksalhaften Mission Runcimans und weiß schon jetzt auf die Absicht der Prager Regierung hin, dem Engländer die Verantwortung für das bisherige Versagen der Tschechen zuzuschreiben. Anscheinend will die Prager Regierung ihre Vorschläge nunmehr zunächst nur Lord Runciman unterbreiten und den weiteren Gang der Gespräche von seinen Ratschlägen abhängig machen.

In einer Ausschussung der tschechischen Regierungskoalition haben Ministerpräsident Hodtscha und Außenminister Krosta über den Stand der politischen Lage berichtet. In dem halbamtlichen Bericht heißt es, daß in allen Fragen unter Beobachtung der Interessen der Integrität, der Autorität und der internationalen Position der Republik ein Einvernehmen erzielt werde. Die Sitzung der Koalition betonte auch die Bedeutung der Sendung Lord Runcimans, in der sie eine Rundgebung des guten Willens Englands erblicke, zur Regelung des nationalen Verhältnisses in der Republik und zur Konsolidierung in Mitteleuropa beizutragen.

Material für Runciman

Angeichts der Versprechungen und beschwerdigen Neben der führenden tschechischen Staatsmänner muß eine neue brutale Unterdrückungsmassnahme gegen das Deutschtum in der Tschecho-Slowakei als eine freche und gemeine Verhöhnung empfunden werden. Am Kultschiner Ländchen waren deutsche Kinder in tschechische Klassen in deutsche Schulen eingegliedert worden. Der Troppauer Ortsausschuß hatte darauf die Ueberlieferung von 1500 deutschen Kindern aus den tschechischen in deutsche Schulen beantragt und den Antrag weisungsgemäß vorgelegt. Der Landeslehrerrat in Brünn hat nun diese Ueberlieferung kurzerhand abgelehnt.

Diese unglaubliche Ablehnung, die wie ein Schlag ins Gesicht wirkt, zeigt, daß man ohne Rücksicht auf die Versprechungen und schönen Reden auch weiterhin rücksichtslos gegen das Deutschtum vorgeht und die Tschechifizierungsmassnahmen fortführt.

Prag bereitet keine ruhige Atmosphäre vor

Zur Reise Lord Runcimans nach Prag hebt die römische Presse, die von Anfang an in bezug auf die Erfolgsaussichten seiner Mission eine bemerkenswerte Vorsicht, wenn nicht gar Skepsis an den Tag gelegt hat, die „recht eigenartige“ Begrüßung hervor, die dem englischen Staatsmann von seiten der Tschechen zuteil werde.

Man könne, wie der Prager Vertreter der „Agenzia Stefani“ erklärt, sich nicht eines peinlichen Eindruckes wegen des sonderbaren Konzertes erwehren, mit dem einige tschecho-slowakische Regierungsmitglieder die öffentliche Meinung ihres Landes auf die Vermittlungsversuche von Chamberlains Vertrauensmann vorbereitet haben. Die übereinstimmenden Äußerungen Prager Minister deuten, wie der Korrespondent ironisch bemerkt, nicht gerade das Vorhandensein eines übermäßigen Verständigungswillens an. Bedenklich erscheine aber vor allem das neuerliche methodische Umschlagreifen von Zwischenfällen, deren Opfer die Sudetendeutschen seien.

Unter der Ueberschrift „Verteilung in der Haltung der Prager Regierung“ stellt der Prager Vertreter des „Giornale d'Italia“ fest, daß am Vorabend der Ankunft Runcimans in Prag der Standpunkt der beiden Parteien unversöhnlicher denn je erscheine, und unter-

Prag verkennt die Situation

Das Unrecht soll verewigt werden

Die Sudetendeutsche Partei hat die von dem Abgeordneten Ernst Kundt angelegte Broschüre veröffentlicht. Der erste Teil enthält den Text der am 30. Juni 1938 der Sudetendeutschen Partei vorgelegten Regierungsvorschläge (das sogenannte Nationalitätenstatut) mit vergleichender Gegenüberstellung der bisher für die gleichen Sachgebiete geltenden Rechtsvorschriften. Der zweite Teil enthält eine juristische Kritik dieser Regierungsvorschläge.

Weder der erste noch der zweite Teil bezieht sich auf jene Regierungsvorschläge, die als Vorschläge zur sogenannten „Selbstverwaltung“ bezeichnet werden, da diese Vorschläge noch nicht veröffentlicht und auch noch nicht zur Gänze und endgültig der Sudetendeutschen Partei überreicht worden sind. Die Sudetendeutsche Partei legt Wert auf die Feststellung, daß durch diese Veröffentlichung einer politischen Stellungnahme der Partei in keiner Weise vorgearbeitet werden soll.

In dem Vorwort zur Broschüre heißt es u. a.: „Die im ersten Teil enthaltene Gegenüberstellung der Regierungsvorschläge vom 30. Juni mit den bisher für die gleichen Sachgebiete geltenden Rechtsvorschriften ist deshalb geeignet, in die Problematik der Regierungsvorschläge einzuführen, weil sich nur mittels einer solchen bis ins einzelne gehenden Uebersicht feststellen läßt, daß die bisherigen Vorschläge der Regierung keine bemerkenswerten formale, noch viel weniger aber eine materielle Verbesserung der bisherigen Rechtsstellung der nichttschechischen Völker und Volksgruppen darstellen. Vielmehr ist der Versuch zu erkennen, die auf einigen Gebieten bisher einseitig zugunsten des tschechischen Bevölkerungselementes gehandhabte Praxis nunmehr unter dem Titel einer neuen Nationalitätenrechtsordnung auch für die Zukunft zu legalisieren.“

Bevorzugte Behandlung der Tschechen

Gänge der Neuerungen“ sind darüber hinaus mit besonderer Sorgfalt bestritten, die bevorzugte Stellung der seit 1918 in die nichttschechischen Gebiete hineingeschobenen Tschechen gesetzlich zu sichern, obwohl der eigentliche Sinn des ganzen Gesetzgebungswerkes doch die Gewährleistung einer besseren und zulänglicheren Rechtsordnung für die bisher benachteiligten nichttschechischen Völker und Volksgruppen sein sollte.“

An anderer Stelle wird u. a. gesagt: „Die Generalkritik mußte sich zwangsläufig darauf beschränken, nur die hauptsächlichsten Gesichtspunkte darzulegen. Eine eingehende Spezialkritik müßte eine Kritik der gesamten bisherigen Gesetzgebungs- und Anwendungspraxis sein. Dadurch würde ein noch viel tieferer Einblick in den vollkommenen Unrechtszustand verhofft werden.“

Da der Hauptteil dieses Nationalitätenstatuts in der Uebersicht bereits geltender gesetzlicher Bestimmungen besteht, muß diese Vorlage als ein neuer Versuch aufgefaßt werden, einen Unrechtszustand zu verewigen.

Uebersieht man die bisher vorgelegten Bestimmungen des Nationalitätenstatuts, so ergibt sich, daß mit Ausnahme der rechtlich unerbittlichen Verheißung einer Regierungsobhut für den nationalen Frieden der ganze Aufbau des Nationalitätenstatuts und die darin enthaltenen Regelungen auch weiter grundsätzlich von dem Gedanken des tschechischen Nationalstaates ausgehen, das heißt also, das tschechische Volk soll das Staatsvolk bleiben, und die übrigen Völker und Volksgruppen sollen nur ein Recht zweiter Ordnung besitzen.

Wo eine Gleichstellung erfolgen soll, wie bei den für internationale Angelegenheiten bestimmten Mitteln, dient diese in erster Linie dem Schutz der tschechischen Grenzler in deutschen oder anderen nationalen Gebietsgebieten, die dorthin erst nach 1918 als künstliche Vorposten des tschechischen Expansionsdranges vorgehoben wurden, und die nun durch diese Bestimmungen die Möglichkeiten erhalten sollen, ihre Posten zu erhalten.

Man sieht aber an der Grundfrage vorbei, die darin besteht: wie kann durch eine Neugestaltung des Staates und aller seiner Einrichtungen jener Zustand herbeigeführt werden, der die Völker und Volksgruppen verbürgt und damit einen länderlosen Unruheherd in der Mitte Europas beseitigt. Auf diese Frage wird man in den Nationalitätenstatutentwürfen der Regierung vergeblich eine Antwort suchen.

Verderbliche Idee des tschechischen Nationalstaats

Daher bedeutet dieses Nationalitätenstatut eine neuerliche Verhinderung der Bewirkung dieser Zielsetzung trotz theoretischer Aufgabenstellung und ein weiteres Festhalten an der verderblichen Idee vom tschechischen Nationalstaat.

Wenn daher der Staat zur Erfüllung seiner übernationalen Aufgaben befähigt werden soll, dann müssen seine Organe und Einrichtungen umgestaltet werden. Dies erfordert die verfassungsmäßige Anerkennung der Völker und Volksgruppen als der konstituierenden Elemente des Staates und die verfassungsmäßige Festlegung ihres Anteils an der Führung und Gestaltung des Staates nach dem Grundsatze der Gleichberechtigung.

Von maßgebenden Stellen wurde wiederholt zugegeben, daß der Grundsatze der Gleichheit unter nationalen Gesichtspunkten in der Tschecho-Slowakei verletzt wurde, woraus der häufig friedlose Zustand des tschecho-slowakischen Staates als europäisches Problem entstanden ist. Aus dieser Tatsache hat die Regierung nach der vorliegenden Fassung des Nationalitätenstatuts keine Schlussfolgerungen gezogen, um eine wirksame Garantie des Gleichheitsgrundsatzes vorzuschlagen.

Die wahre rechtliche und politische Gleichheit kann in einem Vielvölkerstaate wie der Tschecho-Slowakei nur hergestellt werden, wenn nicht nur die Gleichheit der einzelnen Staatsbürger, sondern auch die Gleichheit der Völker und Volksgruppen verfassungsmäßig garantiert wird.

Das regierungsförmig angelegte neue Sprachengesetz enthält bis auf einige geringfügige Änderungen, Zusätze oder Umstellungen dem Wortlaut nach nichts anderes als das bisherige Sprachengesetz zuzüglich einiger Bestimmungen der bisherigen Durchführungsverordnung, die sich äußerst nachteilig für die nicht tschechisch-slowakischen Volksgruppen ausgewirkt hat.

Die Broschüre der Sudetendeutschen Partei kommt zu dem Schluss, man könne aus all dem nur auf die tschechische Absicht schließen, mit den bisherigen Regierungsvorlagen vor der Weltöffentlichkeit den Eindruck erwecken zu wollen, als würde ein bedeutsamer Schritt zur nationalen Befreiung getan. Die eingehende Kritik der Regierungsentwürfe durch diese Broschüre wird demgegenüber ihre Wirkung nicht verfehlen.

Getreu dem Moskauer Vorbild:

Theaterprozess in Madrid

Paris, 2. August. (T.M.)

In Madrid fand ein Moskauer-Prozess statt, der nach dem Muster der berühmten Moskauer Theaterprozesse angeordnet wurde. 135 Personen waren der Sabotage an dem sowjetischen Regime angeklagt. 23 von ihnen, darunter 3 Frauen, wurden zum Tode verurteilt. 17 Personen erhielten 25-30jährige „Zwangsarbeit“, 49 der auf der Anklagebank Befindlichen sehen Gefängnisstrafen von 2 bis 22 Jahren und weitere 48 Personen geringeren Gefängnisstrafen entgegen.

Gefallen für Europas Kultur

Die Verluste der italienischen Freiwilligen.

Die Verluste der italienischen Freiwilligendivisionen belaufen sich, einer amtlichen Mitteilung zufolge, für die Zeit vom 13. bis 24. Juli auf 232 Tote und 1613 Verwundete. Der Heldentod der italienischen Freiwilligen wird von der gesamten römischen Presse als ein neuerlicher Beitrag des faschistischen Italiens zum siegreichen Kampf des nationalen Spaniens gegen den Bolschewismus mit ehrenden Worten gewürdigt.

Sorgenvoller Ausblick der „Times“ auf die Lage in Palästina

London, 3. August. (Funkspruch.)

Die „Times“ befaßt sich heute in einem ausführlichen Bericht mit der Lage in Palästina. Gleichzeitig nimmt das Blatt die Abreise der vor drei Monaten nach Palästina entsandten technischen Kommission zur Ueberprüfung des bekannten Peel-Teilungsplanes zum Anlaß, um sich auch im Leitartikel mit Palästina zu befassen. Die „Times“ stellt dabei fest, daß die Lage weiterhin höchst unbefriedigend sei, und daß in absehbarer Zeit kaum mit einer Wendung gerechnet werden könne. Das Blatt kann nicht umhin, auch die Juden mit verantwortlich für den Stand der Dinge in Palästina zu machen. Die Tatsache, daß die „jüdische Disziplin, die mehr als zwei Jahre lang in so ehrbarer Weise beibehalten worden sei“, jetzt Anzeichen des Ermattens zur Schau trage, müsse selbstverständlich die Besorgnisse der britischen Regierung erhöhen. Die Araber seien entschlossen, den Kampf fortzusetzen. Es frage sich, ob irgend etwas getan werden könne, um in absehbarer Zukunft die Ruhe in Palästina wiederherzustellen. Die „Times“ schlägt insbesondere die Entaffung der Bevölkerung sowie diplomatische Methoden vor, die aber nicht näher umrissen werden. Abschließend wird Frankreich ein Seitenhieb angedeutet. Es sei zu hoffen, daß die britische Diplomatie die französische Regierung darauf aufmerksam machen werde, daß ein britisches Mandatsgebiet mit einem Stachelstrauch umgeben werden müsse zur Verteidigung gegen Ausfälle aus dem Libanon, der unter französischem Mandat stünde, sowie gegen die aufrührerische Tätigkeit des Rufti von Jerusalem.

streicht den Gegensatz zwischen der ruhigen Haltung der Sudetendeutschen und den Äußerungen verantwortlicher Mitglieder der tschechischen Regierung, die nicht von ungefähr den großtuenden Ton angeschlagen hätten.

Bölgemisch am Ebro

Sowjetspanische Offensive ohne Spanien.

Die nationalspanische Presse gibt ihrer Empörung darüber Ausdruck, daß die Bolschewisten für ihre verzweifelte und nutzlose Offensive am Ebro fast ausschließlich ausländische Kommunisten eingesetzt haben, deren Zahl nach genauen Informationen drei Viertel der gesamten sowjetischen Streitkräfte ausmacht. Wie der Berichtler der nationalen Hauptquartiers mitteilt, befinden sich unter den bolschewistischen Anführern vor allem Franzosen, Sowjetrussen und Kubaner.

Die Verluste der Sowjetspanier bei ihren verzweiften Angriffen am Ebro erinnern an die blutigen Kämpfe der seinerzeitigen roten Offensivisten. Bisher verloren die Bolschewisten bei der Offensive, die sie nun schon acht Tage lang vergeblich vorwärtszutreiben versuchen, 3500 Tote, 11 000 Verwundete und 2300 Gefangene.

Aus dem befreiten Gebiet an der Estremadura-Front werden immer weitere bolschewistische Greuelthaten bekannt. So wurden in Villanueva de la Serena 200 nationale Einwohner, darunter drei Geistliche, während der roten Tyrannenerrschaft ermordet. Auf ihrer Flucht nahmen die Bolschewisten 20 Geiseln mit, die dann von den Nationalen in der Nähe von Campanario tot aufgefunden wurden. Unter den Toten fand man auch die schrecklich verstümmelten Leichen von vier Mädchen.

Sowjetpanische Angriffe an der Ebro-Front abgewiesen

Umfangreiche Verluste der Sowjetspanier

Bildau, 3. August. (T.M.)

Der Kampf an der Ebro-Front dauert wie an den Vortagen fort. Nationale Flieger und Artillerie brachten in starkem Einpaß dem Gegner hohe Verluste bei. Die Angriffe der Sowjetpanier wurden sämtlich abgewiesen. Zahlreiche feindliche Stellungen konnten erobert werden. Ueberläufer sagten aus, daß starke Entmutigung und Verzweiflung in den bolschewistischen Reihen herrschen. In den späten Nachmittagsstunden des Dienstag ließen die roten Angriffe stark nach, vermutlich infolge Mangels an Munition, da der Nachschub durch nationale Tiefstangriffe fortgesetzt gestört wurde.

Nationaler Heeresbericht vom Dienstag

An der katalanischen Front im Abschnitt Tremp wurde eine rote Stellung besetzt. 38 rote Gefallene wurden gefunden. Im Abschnitt Epla wurden bei einem Erkundungsvorstoß 268 rote Gefallene gezählt, darunter einige „Offiziere“. An der Ebro-Front wurden 140 gefallene Sowjetpanier festgestellt, darunter mehrere ausländische Anführer. 32 rote Wägen liefen über, die ausliefen, daß am Vortage ein rotes „Bataillon“ an Verlusten allein 380 Tote aufgewiesen hatte. Am Montag wurden drei Curtis-Apparate abgeschossen.